

4 IMPERIALISTISCHE AGGRESSION GEGEN DEN IRAN
International

6 RENTE ODER PENSION?
BRD

8 PATRIACHALE GEWALT IST ALLTÄGLICH
Frauen

10 STREIK IM EINZELHANDEL
Hamburg

12 STAATLICHE SCHIKANE IN GRÖPELINGEN
Bremen

14 SCHLIESSUNG DER DHL "DELIVERY"
Berlin

16 GLEICHES RECHT FÜR ALLE?
Thüringen

18 WIR WAREN ALLE KOMMUNISTEN
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der Roten Post erscheint im Lichte der abgeschlossenen internationalen Boykottkampagne gegen die EU-Wahl. Die Kampagne wurde unterstützt von kommunistischen Organisationen aus Frankreich, der Türkei, Peru, Finnland, der BRD, Norwegen und Österreich. So schreitet die die Vereinigung der Kommunisten auf der Welt nicht nur in der Theorie, sondern auch in praktischen gemeinsamen Aktionen voran.

Gleichzeitig zeigen die Massen auf der Welt, dass sie nicht so weiter leben wollen wie bisher. Am 14. Juni fand in Brasilien ein landesweiter Generalstreik gegen die Rentenreform des Lakaien des Yankee-Imperialismus Bolsonaro statt, der weite Teile des Landes lahm legte. Zuvor mobilisierte der Kampf gegen eine Reform im Bildungssektor bereits einige Hunderttausende in den Städten des Landes. Das zeigt, dass das Land nicht zur Ruhe kommt und sich mit einer starken revolutionären Situation konfrontiert sieht. Auch in anderen Ländern, wie erst kürzlich die Proteste in Kasachstan, demonstrieren die Völker ihr Streben nach Freiheit. Freiheit von der Unterdrückung und Ausbeutung durch den Imperialismus.

Aber der Imperialismus und allen voran der Yankee-Imperialismus treiben die Aggression gegen die Völker der Welt weiter voran. Zur Zeit vor allem gegen den Iran, worauf wir in dieser Ausgabe näher eingehen. Es muss für alle progressiven und revolutionären Kräfte klar sein, dass wenn der Yankee-Imperialismus – oder einer seiner Lakaien – sich tatsächlich für

eine militärische Intervention entschließt, diese entschlossen zurückgewiesen und denunziert werden muss.

Während der deutsche Imperialismus sein Streben sich zu einer Supermacht zu entwickeln weiter voran treibt, verarmen immer breitere Schichten der Bevölkerung in der BRD. Teilweise können schon jetzt diejenigen, die ein Leben lang gearbeitet haben nicht mehr von ihrer Rente leben und das ist die Perspektive, die in Zukunft immer größeren Teilen der Arbeiterklasse winkt. Der deutsche Imperialismus kann sein Versprechen auf einen gewissen Wohlstand für alle nicht mehr halten. Ein starker Unterschied wird hier allerdings zu denen gemacht, die sich in ihrer beruflichen Tätigkeit in den Dienst des deutschen Staates stellen, sie bekommen als Beamte später eine Pension von der sich ganz gut leben lässt. Auf dieses Thema gehen wir auch in dieser Ausgabe ein.

Es lässt sich nur wiederholen, dass die Welt in Aufruhr ist, das heißt es gibt keine Ruhe in diesem System, sondern die Dinge entwickeln sich. Wie manche es ausdrücken: „Wir leben in interessanten Zeiten.“

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

DER WAHLBOYKOTT ZUR EUROPAWAHL

Wir haben in der vorletzten RoPo ausführlich über die Europawahl berichtet. Die Wahl war international begleitet von einer ganzen Reihe Aktivitäten, die sich klar gegen die bürgerlichen Wahlen richteten. Und die Wahlergebnisse zeigen uns: Wir Nichtwähler sind mal wieder die stärkste Kraft. Nicht, weil wir uns nicht für Politik interessieren. Nicht, weil es uns egal ist, was hier passiert. Sondern weil wir wissen, dass Politik in diesem System nur einer Klasse dient. Den Reichen, den Ausbeutern. Wir freuen uns hier einige Eindrücke dieser internationalen Boykott-Kampagne gegen die Wahlen der Bourgeoisie veröffentlichen zu können. •



Graffiti in Deutschland



Graffiti in Dänemark



Stickeraktion in Schweden



Veranstaltung in Österreich



Plakate in Finnland



Demonstration in Frankreich

SCHLUSS MIT DER AGGRESSION GEGEN DEN IRAN!

Seit einigen Wochen werden wir Zeugen davon wie die US-Imperialisten einen Krieg mit dem Iran provozieren wollen. Der Iran ist den amerikanischen Imperialisten schon lange ein Dorn im Auge. Um das zu verstehen müssen wir uns kurz mit der Geschichte des Iran beschäftigen. Der Iran wurde lange Zeit von einer monarchischen Herrscherdynastie, den Shahs, regiert. Der letzte Shah, Mohammad Reza Pahlavi, wurde direkt von den USA unterstützt und war ein Antikommunist durch und durch. Der Iran war abhängig von den USA, alles geregelt in so genannten Bilateralen Verträgen. Hinzu kam die Einflussnahme durch die imperialistische Macht England.

Damals war für die USA vor allem wichtig, dass der Iran direkt an der Grenze zur Sowjetunion lag und man den Feind im kalten Krieg einkreisen und kontrollieren wollte. Entsprechend waren Militärberater dauerhafte Gäste im Iran. Die USA sponserten sogar 600 Millionen US-Dollar für den Ankauf von Waffensystemen und stationierten Überwachungsgeräte im Land. Der Shah organisierte mehrere Jahrzehnte ein antikommunistisches Bollwerk in völliger Abhängigkeit zum US-Imperialismus. Die natürlichen Ressourcen des Iran, besonders das Öl, wurden zu einem Spottpreis an die Imperialisten verschertelt und das Volk wurde brutal unterdrückt. Zahllose Inhaftierte, Gefolterte und Ermordete pflasterten den Weg des amerikanischen Marionettenregimes.

Aber diese kriecherische Haltung des Shah, das Land und seine Ressourcen an die ausländischen Imperialisten zu verkaufen, stieß auf eine breite Front des Widerstands. Und so wurde der Shah 1979 gestürzt. Maßgeblich beteiligt daran waren die Kommunisten. Doch die CIA und andere Geheimdienste taten ihr möglichstes, um die Situation noch irgendwie in ihrem Sinne zu drehen. Und so sägten sie den Shah ab und unterstützten die Kräfte, die ihnen zwar nicht direkt folgten aber zumindest nicht das ganze System bedrohen würden, die islamischen Kräfte. In der Folge zahlten die Kommunisten einen hohen Blutzoll und es fand keine sozialistische sondern eine „islamische Revolution“ mit Unterstützung der westlichen Geheimdienste statt. Anstelle des Shah regierten jetzt die Mullahs und ihr Oberhaupt der Ayatollah. Die Versprechen den

Iran endlich von der Fremdherrschaft zu befreien, mussten nun auch Taten folgen. Allerdings wurde nicht tatsächliche Souveränität erreicht sondern sich einfach neuen Herren angedient. Der Iran brachte sich in den folgenden Jahren vor allem in Abhängigkeit zu Russland.

Druck auf allen Fronten

Trump hat in den letzten Wochen und Monaten einiges gemacht. Er ist aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen und setzt die europäischen Staaten unter Druck es ihm gleich zu tun. Und er überzieht das Land mit *wirtschaftlichen* Sanktionen. Keine Produkte sollen mehr in den Iran gelangen und niemand soll mit dem Iran Handel treiben. 2015 wurde dem Iran von verschiedenen Staaten ein Ende der wirtschaftlichen Isolation versprochen. Im Gegenzug sollten sie ihr Atomprogramm weitgehend abschalten. Aufgrund der jetzigen US-Sanktionen machten zuletzt aber auch europäische Unternehmen kaum noch Geschäfte mit dem Iran. Das Land drohte daraufhin vor mehreren Wochen mit dem teilweisen Ausstieg aus dem Atomabkommen.

Auch *militärisch* kommen nun Drohgebärden in Richtung Iran. Nicht nur wird überlegt, ob 120.000 Soldaten in den Bereich des »Kommandos Mitte« (Centcom) der US-Streitkräfte verlegt werden, welches für den Nahen und Mittleren Osten sowie Zentralasien zuständig ist. Wie die New York Times berichtet, ist diese Option für den Fall vorgesehen, dass der Iran sein Atomprogramm zu schnell entwickelt oder US-Truppen angreift. Außerdem wurde ein »Carrier Strike Group« mit dem Flugzeugträger »Abraham Lincoln«, mehrere Langstreckenbomber, und amphibische Landungsschiffe mit bis zu 700 Elitesoldaten in die Region verlegt. Hinzu kommen »Patriot«-Luftabwehrraketen. Die USA haben zwar sowieso seit Jahren Flugzeugträger in der Region stationiert. Allerdings ist ihre Inszenierung der Truppenverlegung teil der psychologischen Kriegsführung um die Moral des iranischen Volkes zu senken.

Und dann hat Trump zuletzt den nationalen Notstand wegen der angeblichen Aggression durch den Iran, ausgerufen. In der Folge wurde Botschaftspersonal

aus Westasien in Alarmbereitschaft versetzt und Waffenlieferungen im Wert von 800 Milliarden US-Dollar an Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Jordanien wurden genehmigt. Unter den Rüstungsgütern sind auch Triebwerke für F16-Bomber, hergestellt vom deutsch-französischen Konzern Airbus. Denn angeblich soll der Iran vier Öltanker im persischen Golf angegriffen haben und wird für einen Raketenangriff gegen Saudi Arabien verantwortlich gemacht. Das alles erinnert stark an den Irak-Krieg 2003. Schon dieser Krieg wurde mit Lügen über Massenvernichtungswaffen des „Diktators Saddam Hussein“ gerechtfertigt. Wenn jetzt die Rede ist von der angeblichen Aggression des Iran, dann ist es sehr wahrscheinlich das die US-Imperialisten einen Krieg gegen den Iran vorbereiten.

Diese Einmischungen in die Politik des Iran haben gravierenden Folgen für das gesamte iranische Volk. Annähernd keine Waren können das Land erreichen oder verlassen, darunter auch Medikamente und andere lebenswichtige Produkte. Das können die USA nur durchsetzen weil sie die einzige imperialistische Supermacht sind. Sie sind der Hauptfeind der Völker der Welt, nicht nur weil sie in der Vergangenheit Millionen an Leichen überall in der Welt hinterlassen haben. Sondern weil sie auch in Zukunft ihre gesamte ökonomische, politische und militärische Macht einsetzen werden um die Völker der Welt zu unterdrücken und ihre Politik der Dominanz und Kontrolle aufrecht zu erhalten. Dafür gehen diese Schweine jeden Tag über Leichen.

Wie lächerlich das Gerede von der „iranischen Aggression“ ist wird deutlich wenn Trump auf Twitter mit der Vernichtung des Irans droht. Wörtlich schrieb er *„Wenn der Iran kämpfen will, wird dies das offizielle Ende des Iran sein. Bedroht nie wieder die USA!“*. Dieses Schwein droht einfach einer gesamten Nation mit der Auslöschung und hat dann die Dreistigkeit davon zu sprechen der Iran wäre der Aggressor! Besonders nachdem die USA alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um den Menschen im Iran das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Warum machen sie das? Zum einen verfügt der Iran über gigantische Ölreserven und er liegt direkt an der Grenze zu Israel, dem wichtigsten Stützpunkt

der amerikanischen Interessen in Westasien. Zum anderen, und das ist die Hauptsache, wollen sie den Iran fertig machen, um Russland zu schwächen. Denn Russland ist die einzige imperialistische Macht die ihnen – zumindest militärisch – einen Strich durch die Rechnung machen kann. Der Iran liegt an der Grenze zu Russland und es ist ein Interesse der USA, Russland einzukreisen. Dabei geht es den USA vor allem darum die Macht und den Einfluss den sie haben zu erhalten. Entsprechend muss das iranische Volk unter den interimperialistischen Widersprüchen leiden, für die die USA bereit sind Krieg zu führen.

Trump teilte derweil mit, er wolle ja bloß *„einen fairen Deal machen“* und man wolle *„nur, dass sie keine Atomwaffen haben, das ist doch nicht zuviel verlangt“*. Aber in Wirklichkeit legte Trump im Mai vorigen Jahres dem Iran ein Papier mit zwölf Bedingungen vor, die vom Rückzug aus Syrien und der vollständigen Einstellung des iranischen Atomprogramms bis in die Innenpolitik reichen. Aber öffentlich gibt er sich *„vernünftig“* und behauptet die Iraner bräuchten nur anrufen und *„einen fairen Deal machen“*. Der stellvertretende iranische Außenminister Abbas Araghchi ließ Trump auflaufen und sagte, es brauche für eine Verbesserung der Beziehungen keinen Vermittler und keine Telefonnummer, sondern die Aufhebung der Sanktionen.

Es gibt überhaupt keinen Grund, warum sich irgendwer in die inneren Angelegenheiten einer anderen Nation einmischen sollte. Die Frage wer den Iran regiert und wie ist die Sache des iranischen Volkes! Nicht die der USA, die sich mal wieder als Weltpolizei aufspielen und versuchen anderen Ländern ihre Politik aufzuzwingen. Wir rufen alle demokratischen, antiimperialistischen und revolutionären Kräfte auf die imperialistische Aggression gegen den Iran zu denunzieren. Wenn die US-Imperialisten das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen treten darf es keine Zweifel bei uns geben. Wenn ein Krieg von den Imperialisten gegen den Iran geführt wird muss klar sein: Die fortschrittlichen, antiimperialistischen und revolutionären Kräfte stehen gemeinsam gegen die imperialistische Aggression und mit dem iranischen Volk!*

RENTE ODER PENSION?

Für viele in diesem Land wartet nach Jahrzehnten die man in die Rentenkasse eingezahlt hat die Altersarmut. Wir sehen das schon heute. Alte Menschen, häufig Frauen, die Pfandflaschen aus Mülleimern auflesen. Rentner, die noch Zeitungen austragen oder andere Hilfsdienste erledigen. Das ist die Zukunft, die viele Arbeiter im so genannten „Ruhestand“ dann vor sich haben. Für andere sieht da die Zukunft deutlich rosiger aus. Und wir müssen gar nicht erst zu den Chefs, den Managern oder den Reichen ganz allgemein schauen. Die müssen sich sowieso keine Sorgen um ihre finanzielle Absicherung machen. Schließlich hatten sie Jahrzehnte, um an der Arbeit anderer Leute zu schmarotzen und ein bisschen was zur Seite zu legen. Nein, es reicht schon zu den Beamten im Staatsdienst zu gucken. Verwaltungsfachangestellte in Behörden, Lehrer in Schulen, alte Postbeamte oder höhere Polizeibeamte.

Der deutsche Staat sichert sich mit dem Beamtentum die Loyalität seiner „Angestellten“. Dort, wo es drauf ankommt, in Behörden, in Schulen, im auswärtigen Dienst, bei der Bundesbank, beim Zoll, bei der Steuerverwaltung oder im Polizei- und Kriminaldienst. Überall dort hat der bürgerliche Staat ein großes Interesse daran, dass dort Leute sitzen, die tatsächlich in seinem Sinne handeln. Und diese Loyalität erkaufte sich der Staat, indem er den dort eingesetzten Beamten zahlreiche Privilegien zugesteht. Beamte sind keine Arbeiter im eigentlichen Sinne. Sie bekommen keinen Arbeitsvertrag, sondern werden ernannt, sie werden auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ im Sinne des Grundgesetzes vereidigt und sollen für ihren Erhalt eintreten. Beamte erhalten keinen Lohn, sondern eine Besoldung, diese erfolgt im Voraus am Anfang des Monats um Korruption vorzubeugen. Schließlich sollen die Beamten finanziell unabhängig sein.

Wie man schon merkt, stehen die Beamten in einem besonderen Verhältnis zum Staat, sie sind Repräsentanten des Staates. Sie sollen dafür sorgen, dass alles im Sinne dieses Systems rund läuft. Deswegen können die Grundrechte von Beamten eingeschränkt werden. So dürfen Beamte nicht streiken und unterliegen der „Gehorsamspflicht“, diese besagt, dass sie alle Befehle einer höheren Stelle ausführen müssen, es sei denn, sie würden

damit eine Straftat begehen. Um diese Beamten weiter auszuziebeln wurde in den 70er Jahren der so genannte „Radikalenerlass“ verabschiedet. Es wurde gesagt es dürfe keine Beamten geben, die nicht absolut für die bürgerliche Demokratie und entsprechend das Grundgesetz sind. Und mit dieser Begründung wurden hunderte Berufsverbote gegen demokratische, fortschrittliche und natürlich revolutionäre Beamte ausgesprochen. Hunderte Menschen, die ihre Jobs verloren haben, weil sie eine unliebsame Meinung vertraten. Aber die rund zwei Millionen Beamte, die aktuell in Deutschland aktiv sind, stellen für den bürgerlichen Staat ein Heer von Agenten dar, die seine Interessen gegenüber den Massen vertreten. Zumind. im Idealfall. Und dieser Dienst soll sich nicht nur lohnen während man im Sinne des Staates erzieht, verfolgt und einsperrt. Entsprechend bekommen Beamte nicht einfach Rente wie die normalen Arbeiter, sondern eine Pension.



Während fast 15% der Rentner mit weniger als 917 Euro im Monat über die Runden kommen müssen und somit als arm gelten, liegt die Mindestpension für Beamte bei 1761 Euro. Ein normaler Arbeiter mit durchschnittlichem Lohn müsste dafür 58 Jahre arbeiten! Wobei selbst das für die Beamten noch wenig wäre. Statistisch beziehen Beamte im Durchschnitt

2940 Euro Pension. Bei den Spitzenbeamten sogar durchschnittlich 4370 Euro. Das liegt vor allem daran, dass sich die Pension anders berechnet als die Rente. Arbeiter zahlen monatlich in die Rentenversicherung ein und die Höhe der Rente hängt dann an der Menge an Geld, die man in seinem Arbeitsleben eingezahlt hat. Die Pension von Beamten richtet sich nach dem Verdienst der letzten zwei Dienstjahre. Unabhängig davon ob man vorher irgendetwas eingezahlt hat! Die Pension wird dann durch Steuern von Bund und Ländern finanziert. Am Ende sehen wir also, dass was für die Beamten gerade gut genug ist, der Minimalsatz von 1761 Euro, für die meisten Arbeiter eine fast unerreichbare Summe ist. Je nach Ausbildung müsste man dafür fast bis zum 80ten Lebensjahr arbeiten. Und die Durchschnittsrente nach 45 Beitragsjahren liegt für die Arbeiter bei 1441,35 Euro. Aber noch dreister wird es wenn man sich die Gehälter und Pensionen der Bonzen in der Politik anschaut. Ein Staatssekretär bekommt ein Grundgehalt von 10.303 Euro, damit liegt seine Mindestpension bei 5100 Euro!

Schauen wir uns dann an was uns Arbeiter nach einem Leben voll von harter Arbeit, Unsicherheiten und wahrscheinlich kaputter Gesundheit erwartet: Mit wenig Kohle über die Runden kommen und im Alter noch Minijobs machen.

Aber so muss es nicht laufen. Diese Zustände sind nicht Ausweg- oder Perspektivlos. Wenn wir uns organisieren und gemeinsam dagegen kämpfen das unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen immer schlechter werden. Dabei können wir nicht auf die bürgerlichen Parteien und die an ihnen orientierten NGO's hoffen. Wir müssen auf unsere eigene Kraft vertrauen und den Herrschenden zeigen, dass wir bereit sind für unsere Interessen zu kämpfen, mit allen notwendigen Mitteln. Die vergangenen Jahre haben nachdrücklich gezeigt, dass sich von alleine nichts zum besseren wendet. Behalten wir im Kopf: Wer kämpft kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!*



PATRIACHALE GEWALT IST ALLTÄGLICH

Eine fremde Hand rutscht langsam an meinem Bein entlang. Es ist morgens und ich bin in der Bahn auf dem Weg zur Schule. Die Bahn ist überfüllt und die Menschen stehen dicht beieinander auf engstem Raum. War es ein Versehen? So eine Berührung kommt schon mal vor, wenn man so eng nebeneinander steht. Die Hand rutscht hoch. Es ist kein Versehen! Dies ist nicht der Anfang eines erotischen Romans oder einer verdrehten Liebesgeschichte. Nein, dies ist die knallharte Realität. Eine Realität, mit der Milliarden Frauen weltweit jeden Tag konfrontiert sind.

Vor einigen Monaten wurde ich Zeugin einer Situation, bei der ein ziemlich angetrunkene Frau von einem Mann angemacht und bedrängt wurde. Die Frau, die in einem ziemlich benebelten Zustand war und ganz offensichtlich kein Interesse an dem Typen hatte, wurde von ihm angefasst und dazu gedrängt mit ihm nach Hause zu kommen. Als ich mich einmischte und wir gemeinsam gehen wollten, wurden uns von ihm lautstark Beleidigungen an den Kopf geworfen. Wir wurden beide als „Schlampen“ bezeichnet und uns gesagt „Wir müssten doch eigentlich nur mal richtig durch gefickt werden“.

Es sind Situationen, die leider keine Ausnahmen darstellen. Ein Klaps auf den Po, eine intensive Berührung in einer überfüllten Bahn oder das Drängen nach der Nummer auch nach wiederholter Abfuhr - das alles sind Situationen, mit denen Frauen tagtäglich konfrontiert sind. Es gibt kaum eine Frau, die noch nicht sexuell belästigt wurde, der nicht hinterher gepfiffen oder die nicht ungewollt berührt wurde. Ob in der Bahn, im Club, auf der Arbeit, beim Einkaufen oder auf der Straße - patriarchale Gewalt, (sei es psychisch oder physisch) gegen Frauen wird überall praktiziert.

Erst vor nicht allzu langer Zeit bin ich auf dem Weg nach Hause auf der Straße gelaufen, als mir ein Radfahrer von hinten kräftig an den Hintern packte. Ich hatte ihn von hinten nicht gesehen und konnte auch gar nicht so schnell realisieren, was gerade passiert war, da war er schon auf dem Rad davon gefahren. Es war eine Situation, in der ich mich eklig und schmutzig gefühlt habe. Ich wollte nur noch unter die Dusche. Ähnliches passierte einer

Bekanntem, die mir letztens davon berichtete, dass sie bei einem Konzert von einer größeren Gruppe Männer bedrängt wurde, die ihr anschließend während des Konzertes den Rock hochschoben und ihr unter lauten Lachen mehrmals an den Po fassten.

Früher habe ich mich in solchen Situationen oft hilflos gefühlt. Oft genug wurde einem gesagt; dass es das eigene Verschulden wäre und dass durch anzügliche Kleidung der sexuelle Übergriff provoziert wurde. Ich meine; ein kurzer Rock ist doch im Grunde der Freifahrtschein eines jeden Mannes (und fordert dazu auf Frauen anzufassen), oder nicht? Das ist zumindest das, was mein Vater mir von klein auf vermitteln wollte. Das ist das, was dieses dreckige System mir von klein auf vermittelt hat! „*Wer sich aufreizend anzieht will es doch auch nicht anders*“ - das ist es was uns in diesem System erzählt wird und womit patriarchale Gewalt - unter anderem - gerechtfertigt wird. Aber patriarchale Gewalt ist nicht gerechtfertigt in keiner Form und auf keine Art und Weise!

Ob eine unerwünschte Berührung oder das penetrante Bedrängen - es sind alles Ausdrücke des Patriarchats. Kaum eine meiner Bekannten hat noch nie sagen müssen, dass sie einen Freund hätte oder dass sie lesbisch wäre, um einer bedrängenden Situation zu entfliehen. Und auch ich weiß nicht mehr genau wie oft ich lügen musste, um einen Typen, der auch nach mehrmaligen Abweisen nicht locker ließ, los zu werden. Wir alle kennen es; Sobald also ein weiterer Mann im Spiel ist, wird das Nein der Frau respektiert. Sobald eine Frau einen Mann an ihrer Seite hat wird sie in Ruhe gelassen. Es ist der angebliche Besitzanspruch des Mannes an die Frau, die sie zu seinem eigenen macht und dies wird meist auch von den anderen Männern anerkannt. So nach dem Motto „*die gehört schon wem*“.

Wenn ich im Sommer ein Kleid trage oder mit dem Fahrrad unterwegs bin wird mir hinter her gepfiffen. Wenn ich auf einer Party tanze, werde ich ange-tanzt und angefasst. Wenn ich an einem Typen kein Interesse habe, wird es von ihm nicht akzeptiert. Das alles sind Erfahrungen, die Frauen Tag für Tag machen müssen. In Deutschland hat mehr als jede 2. Frau schon einmal Erfahrungen mit sexuellen Übergriffen oder Belästigung gemacht. 97 Prozent

der sexuellen Belästigungen werden von Männern ausgeübt und auch sexuelle Gewalt wird nach Studien von 99 Prozent der Männer ausgeübt.

Aber es ist nicht einfach ein Problem, das dem Mann innewohnen würde oder in seiner angeblichen Natur verankert wäre. Was oft und gerne in „Männer sind Schweine“ runter gebrochen wird. Genauso wenig wie die angeblich minderwertige Natur der Frau biologisch begründet ist. Es ist das Patriarchat welches von klein auf unser Bewusstsein bestimmt. Es ist das Patriarchat, welches die Frauen dieser Welt in Ketten legt. Das Patriarchat ist die Stütze dieses Systems, welches ein Interesse daran hat die Frau in die Reproduktion und Lohnarbeit zu zwingen. Und an dieser Lage wird sich auch innerhalb dieses verkommenen Systems nichts ändern. So ändert an der Lage der Frau auch kein „Nein heißt Nein Gesetz“ etwas. Vielleicht erleichtert es die Verfolgung der Sexualstraftäter, aber am Ursprung der Unterdrückung der Frau wird sich nichts ändern. Kein Gesetz und keine Reform dieser Welt wird etwas daran ändern. Die Befreiung der Frau müssen wir selbst in die Hand nehmen.

Einer Freundin von mir wurde vor mehreren Monaten KO Tropfen ins Glas gemischt. Eine andere Freundin wurde auf der Arbeit mehrmals von Arbeitskollegen belästigt und dazu aufgefordert mit ihnen zu schlafen. Es ist nur ein kleiner Bruchteil der Erfahrungen, die ich diesem patriarchalen System gemacht habe und noch ein weit aus kleinerer Bruchteil der Erfahrungen, die Frauen weltweit Tag für Tag machen müssen.

Früher haben mich solche Erfahrungen unsicher fühlen lassen. Heute machen sie mich wütend! Jede einzelne dieser Erfahrungen verstärkt mein Hass. Mein Hass auf dieses widerliche System, welches so viele Menschen in Ausbeutung und Unterdrückung hält. Ob die Verkäuferin bei Aldi an der Kasse, die Pflegerin im Altenheim oder die Frau auf dem Bau die sich tagtäglich patriarchale Witze anhören muss - wir alle haben patriarchale Erfahrungen in diesem System gesammelt. Es wird Zeit, dass wir zurückschlagen.*



Demonstration am 25. November 2017 - dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

STREIK IM EINZELHANDEL

Etwa 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen haben den Hamburger Einzelhandel Anfang Juni im Rahmen des aktuellen Tarifstreits bestreikt. Zu dem ganztägigen Warnstreik hatte die gelbe Gewerkschaft ver.di aufgerufen. Besonders hoch war die Streikbeteiligung bei Primark in Billstedt, H&M Logistik in Allermöhe und dem Logistikunternehmen Hermes Fulfilment der Otto-Gruppe, aber auch bei anderen Unternehmen, wie Penny, Rewe, real und Karstadt wurde gestreikt. Ver.di fordert einen Lohnerhöhung um 6,5 %, oder mindestens 163€ und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um monatlich 100€. Zuvor hatte die Arbeitgeberseite eine Lohnerhöhung von 1,5% im Jahr 2019 und 1 Prozent im Jahr 2020 vorgesehen, was nicht einmal die erwartete Inflationsrate ausgleichen würde und somit tatsächlich sogar eine Lohnsenkung wäre. Die Arbeitgeber wollen „strukturelle Veränderung bei der Einstufung von Beschäftigten erreichen“, was bedeutet, die Kassiererinnen genau so schlecht zu bezahlen, wie die Einzelhandelskaufleute. Kein Laden in Hamburg musste wegen diesem Warnstreik schließen, laut ver.di mussten die Unternehmen dennoch einige Einbußen in Kauf nehmen. Der Geschäftsführer des Einzelhandelsverbund Nord meinte, der Streik habe aber für die Kunden aber keine Auswirkungen, weil genug verfügbares Personal zur Arbeit kommt.

Wenn man im Einzelhandel einen Job findet, ist diese Anstellung häufig nur in Teilzeit, d.h. man darf höchstens nur 20 bis 30 Stunden in der Woche arbeiten. Von dem Geld, was man im Einzelhandel bei 30 Stunden verdient, kann man jedoch unmöglich eine Familie ernähren. Das bedeutet, man muss noch zusätzliche Jobs finden, um überhaupt von seinem Lohn leben zu können. Keine Überraschung also, dass in Hamburg in den letzten Jahren die Zahl der Arbeiter in Teilzeit, in Leiharbeit und in Minijobs stark angestiegen ist. Mehr als jede zweite Neueinstellung in Hamburg ist befristet und insgesamt 40% aller Beschäftigungsstellen sind atypisch. Eine Frau, die im Einzelhandel tätig ist, berichtet auf die Frage, ob sie jetzt Feierabend habe: „Nein, ich muss jetzt noch sechs Stunden in einem anderen Supermarkt arbeiten. Dort muss ich zwischen zwei Filialen hin und her springen, den Weg darf ich während meiner Mittagspause zurücklegen. Sonst komme ich nicht über die Runden. Ich habe gefragt, ob ich hier mehr Stunden machen darf. Stattdessen wurden zwei neue Aushilfen eingestellt. Jetzt muss ich noch aufstocken.“ Eine andere Frau berichtete: „Ich wollte gern mehr als 30 Stunden arbeiten, aber der Chef meinte nur „Wir brauchen Köpfe, keine Stunden.“ Darauf hab ich gesagt: „Und wir brauchen das Geld.““



Die Arbeiter sollen ersetzbar bleiben, die Ausbeuter wollen eine möglichst große Auswahl an flexiblen Mitarbeitern, damit man ja keine Verluste macht, wenn mal jemand ausfällt. Der Druck, ständig ersetzt werden zu können, lastet gerade auf den ungelerten Arbeitern. Um in der Konkurrenz zu anderen Arbeitern bestehen zu können, versuchen viele, sich den Rücken noch krummer zu buckeln, gehen krank zur Arbeit, verzichten auf die PINKEL- und Raucherpause während ihrer Schicht oder arbeiten regelmäßig unbezahlt länger. Den Kapitalisten interessiert es nicht, ob wir von unserem Lohn leben können oder nicht. Den Kapitalisten interessiert nur, dass möglichst viel Profit in seine Tasche fließt, durch die Ausbeutung der Arbeiter. Denn an jeder Stunde Arbeit verdient der Käufer der Arbeitskraft, der Kapitalist also, Geld. Den Kapitalisten interessiert es nicht, ob man als Kassiererin nicht nur von dem Kapitalisten, sondern zusätzlich vom Verdienst des Ehemanns oder dem Amt abhängig ist. Die Fusion von Karstadt und Kaufland hat dafür gesorgt, dass die bankrotten Unternehmen sich nun wieder in Ruhe die Taschen voll machen können, von der Ausbeutung der Arbeiter. Was die Arbeiter selbst davon haben ist: genauso wenig wie vorher. Für sie gilt weiterhin: tagtäglich den Kopf irgendwie über Wasser halten. Deshalb ist der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter absolut gerechtfertigt und notwendig, um dieses System zu zerschlagen.

Aber den Widerspruch, dass die Kapitalisten versuchen, möglichst viel Profit aus der Arbeitskraft der Arbeiter herauszuschlagen, während die Arbeiter versuchen, so viel Lohn wie möglich zu bekommen, den löst ver.di bestimmt nicht, denn dieser Widerspruch lässt sich nicht verhandeln. Tatsächlich kann man die Kapitalisten unter Druck setzen, indem man die Arbeit liegen lässt und damit ihre Profitmacherei begrenzt. Man hat dann ein Druckmittel, um seine Forderungen durchzusetzen. Doch die gelben Gewerkschaften, wie ver.di eine ist, bleibt in ihrer Art zu streiken penibel gesetzestreu, warnt die Kapitalisten mit angekündigten Streiks vor einem richtigen Streik und belässt es dann dabei, mit dem Ziel beide „Vertragsparteien“ an einen Tisch zu bekommen und gemeinsame „Lösungen“ zu finden. Diese gemeinsamen Lösungen bedeuten dann faule Kompromisse zu machen. Das größte Interesse der Gewerkschaftsbonzen ist auf die gerichtet, die

sowieso nicht das schlechteste Gehalt bekommen, die Arbeiteraristokratie, denn die bringen das Geld in die Kassen. Für sie lohnt es sich nicht, die tiefsten und breitesten Massen zu organisieren, wie zum Beispiel unsicher beschäftigte Leiharbeiter. Sie machen den Massen Illusionen, dass sich durch das Betteln an die Herrschenden etwas an diesem System etwas ändern würde, in dem die Gewerkschaften dann sagen können „wir haben es ja versucht“ und die Kapitalisten sich selbst den Bauch streicheln können weil sie ja so „arbeiterfreundlich sind“. Das alles löst aber nicht den Widerspruch, den die breite Masse an Arbeitern mit ihnen hat. Die Gewerkschaften kämpfen nicht gegen dieses System, sondern versöhnen die Arbeiter mit diesem System.



Lasst uns gemeinsam kämpfen und wirklich unsere Interessen durchsetzen, gegen den Staat und den Imperialismus! Wir geben uns nicht mit dem zufrieden, was die Herrschenden uns an Zugeständnissen machen! Die Herrschenden können uns nicht vorschreiben, wie wir für unsere Interessen zu kämpfen haben! *

STAATLICHE SCHIKANE IN GRÖPELINGEN

In den letzten Ausgaben der RoPo erwähnten wir immer hier und da mal den Bremer Stadtteil Gröpelingen. Ob in der letzten Ausgabe aufgrund seiner niedrigen Wahlbeteiligung, ob vor einigen Monaten wegen der Belagerung des Stadtteils durch den neuen Bremer Ordnungsdienst oder auch wegen der Drogendealer und der demgegenüber ignoranten Polizei. Es ist eine lange Liste an Problemen, die in Gröpelingen auf der Tagesordnung stehen. Das alles sind keine zusammenhangslosen Zufälle. Dieser Artikel wird sich näher mit Gröpelingen befassen und beschreiben, was dort im Moment passiert. Wir wollen Geschehnisse näher betrachten, die uns ganz klar und deutlich aufzeigen, dass die Arbeiterviertel hier in der BRD immer stärker militarisiert werden. Was konkret heißt: Für uns soll es zum Alltag gehören das die Bullen durch unsere Viertel patrouillieren bzw. immer und überall präsent sind. Wir sollen das normal finden. Und hier in Bremen findet diese Militarisierung, zumindest in diesem Moment, eben in Gröpelingen ihren Ausdruck.



Gröpelingen ist eines der größten und bevölkerungsreichsten Arbeiterviertel Bremens. Viele Menschen aus Südeuropa und vor allem aus der Türkei kamen in den 70er Jahren in den Stadtteil im Bremer Westen und arbeiteten als Gastarbeiter im nahegelegenen Hafen. Doch der Hafen in Bremen ist schon lange nicht mehr das was er einmal war. Viel Industrie ist weg, Hafenbecken sind zugeschüttet und Arbeit gibt es nur noch wenig. Wo früher der große Hafen Bremens war, ist heute ein neuer Stadtteil mit schicken Designerwohnungen entstanden, die mit dem maritimen Blick auf die Weser und die aufgehübschten Überbleibsel des Hafens beworben werden. So verloren viele Menschen im Bremer Westen, und ganz besonders in Gröpelingen ihre Jobs. Heute sind mehr als ein Viertel der Menschen hier arbeitslos. Die

von uns, die Arbeit haben, sind häufig in Zeitarbeit oder schlecht bezahlten, unsicheren Jobs. Das macht Gröpelingen zum ärmsten Stadtteil Bremens, und damit zum Sorgeobjekt des bürgerlichen Staates. Denn wo es den Menschen am schlechtesten geht, sinkt auch die Zustimmung für dieses System am meisten. Das weckt Misstrauen der Herrschenden gegenüber uns, die in den Vierteln leben. Bedeutet, dass sie handeln müssen. Und das tun sie. Neben den mittlerweile schon alltäglichen Dingen wie der sehr hohen Polizeipräsenz oder der alltäglichen Patrouillen des neuen Ordnungsdienstes, gab es in letzter Zeit in Gröpelingen vor allem zwei bemerkenswerte Ereignisse.

Am 15. Mai besetzten die Bullen einen Parkplatz an der Stadtteilgrenze von Gröpelingen. Mit insgesamt 120 Bullen aus 13 Bundesländern wurde der Parkplatz, der sich direkt am wichtigsten und meist befahrenen Weg nach Gröpelingen befindet, blockiert und zum Kontrollstützpunkt der Polizei. Mit im Gepäck ein Technikwagen, eine Hundestaffel und eine Drohne, die den ganzen Einsatz von oben filmten. Dafür karrten die Bullen viele Anwärter an, welche angeblich lernen sollten, wie man Menschen auf Drogenkonsum überprüft. Es war „eine der größten Drogenkontrollen im Straßenverkehr, die es je in Deutschland gab“ sagte eine Regionalsprecherin. Da die Bullen viele Straftaten aufklärten - laut eigener Angabe - kündigte der Einsatzleiter weitere, ähnliche Maßnahmen an. Als allgemeine Verkehrskontrolle getarnt konnte jeder, der mit dem Auto in den Stadtteil fuhr, kontrolliert werden. Einige Meter vor dem Kontrollort, in einem kleinen Park versteckt, positionierten die Bullen ein Fahrzeug, das die zu kontrollierenden Fahrzeuge auswählte. Die Kennzeichen wurden erfasst und an die Kollegen weitergegeben. Dieses Schauspiel ging über Stunden hinweg. Eine völlig absurde und überzogene Kontrolle bzw. Besetzung eines Arbeiterviertels. Doch wenn man den Worten des Einsatzleiters Glauben schenken darf wird diese Sache kein Einzelfall bleiben. Die Idee ist auch nicht neu. In den letzten Jahren fanden immer wieder solche Kontrollen statt, allerdings nie in diesem Ausmaß. Ein weiteres klares Zeichen dafür, dass wir uns an Überwachung und Kontrolle gewöhnen

sollen. Und es blieb auch nicht die einzige Aktion des Staates die uns zeigt was mit unseren Vierteln, also in diesem Fall mit Gröpelingen, in diesem Moment gemacht wird. Denn nur eine Woche später gab es die nächste völlig absurde Maßnahme.

Am Morgen des 23. Mai fand eine Behörden und Institutionen übergreifende Aktion von Innenressort, Bauressort, Bremer Polizei, Ordnungsdienst, Feuerwehr, Jobcenter, Bremer Stadtreinigung, Energieversorgern und dem Amt für soziale Dienste statt. Bei der Aktion ging es angeblich darum zu prüfen, ob Missstände wie Überbelegung von Mietwohnungen, falsche Meldedaten, mangelnder Brandschutz, defekte sanitäre Anlagen, angemessene Strom und Wasser Versorgung usw. in drei Häusern in Gröpelingen vorhanden sind. Auf den Weg gebracht wurde diese Aktion vom neuen Bremer Ordnungsdienst, dem diese drei Häuser in der letzten Zeit aufgefallen sein sollen. Denn der Ordnungsdienst patrouilliert seit einigen Monaten tagesin, tagaus durch Gröpelingen. Angeblich um die Müllprobleme im Stadtteil in den Griff zu bekommen.



Hierfür laufen die Müllermittler von Haustür zu Haustür und suchen nach irgendwelchen Anzeichen dafür, dass Personen ihren Müll auf illegale Art und Weise entsorgen. Bei drei Mietshäusern in Gröpelingen hatte der Ordnungsdienst genauso einen Verdacht. So beobachteten die Ordnungshüter die Häuser über eine längere Zeit und marschierten dann wie schon erwähnt am frühen Morgen des 23. Mai diesen Jahres mit versammelter Mannschaft in die Wohnungen rein. Eigentlich genau so wie bei einer Hausdurchsuchung, die von der Polizei

aufgrund von begangenen Straftaten durchgeführt wird. Nur sind bei einer solchen Hausdurchsuchung wahrscheinlich nicht so viele Leute beteiligt, wie bei dieser Aktion. Doch es gibt noch einen entscheidenden Unterschied zu einer herkömmlichen Hausdurchsuchung. Bei einer Hausdurchsuchung ist ein richterlicher Beschluss notwendig, der es der Polizei erlaubt auch gegen den Willen des Mieters oder Eigentümers in eine fremde Wohnung einzutreten und diese zu durchsuchen. So schreibt es das bürgerliche Recht vor. Doch in Bremen ist die Sache ein bisschen anders. Denn hier gibt es das Bremische Wohnaufsichtsgesetz, das es dem Staat erlaubt Wohnungen auf Verdacht auf Missstände zu überprüfen. Das alles passiert angeblich zum Schutz der Mieter vor skrupellosen Vermietern. Aber Probleme bekommen die Mieter, die sich zu viert ein Zimmer teilen müssen, nicht der Vermieter, der mit der Not der Menschen sein Geschäft macht. Probleme bekommen auch die Leute die – um irgendwie mit dem knappen Geld zurecht zu kommen – Strom- und Gaszähler manipuliert haben. Die Reichen kriegen keine Probleme durch die Maßnahmen der Bullen, vielleicht eine kleine Verwarnung. Und solange man mit Wohnungen Geld machen kann ist es nicht weit hergeholt, dass es skrupellose Vermieter gibt, die sich nicht um die Bedingungen ihrer Wohnungen scheren und zu unmenschlichen Verhältnissen Wohnungen vermieten, um Kosten aus dem Weg zu gehen. Daran wird auch kein Gesetz irgendetwas ändern. Unter dem Vorwand der „Fürsorge“ behält sich das Bundesland Bremen vor in Mietwohnungen einzudringen. Fürsorge für wen doch gleich? Sicher nicht für die Mieter.

Die zunehmende Militarisierung, wozu all die Maßnahmen in Gröpelingen gehören, soll den kommenden Aufstand des immer mehr verarmenden Proletariats vorbeugen. Dort, wo die Menschen am meisten Grund haben zu rebellieren spielt der Staat mit seinen Muskeln um zu zeigen, wer hier das Sagen hat. Doch ein System, das zum Schaden der meisten Menschen in den imperialistischen Nationen und erst recht in den unterdrückten Nationen, das heißt auf der ganzen Welt eingerichtet ist, hat keine Zukunft. Die Arbeiterklasse in allen Ländern hat ein gemeinsames Interesse: seine Ketten zu sprengen. Werden sich alle unterdrückten einig und erkennen ihre Kraft, wird klar wer hier das Sagen hat. *

OSTEUROPÄISCHE SUB-UNTERNEHMEN IN DER PAKETBRANCHE UND DIE SCHLIESSUNG DER „DELIVERY“

Die Deutsche Post DHL Group ist eines der international größten Logistikkonzerne, einem wichtigen Bestandteil des Imperialismus. Sie streichen jedes Jahr Milliarden an Gewinnen ein. Das passiert nicht obwohl, sondern gerade weil sie ihre Arbeiter konsequent ausbeuten. So auch hier in Deutschland, wo sie sich zu großen Teil auf Gastarbeiter und Sub-Unternehmen stützen. In diesem Bezug ändern sie zum Juli ihre Struktur, ihre größte Tochterfirma „Delivery“ wird geschlossen und die rund 600 Arbeiter alleine in Berlin gehen über zur DHL. Delivery wurde vor einigen Jahren gegen Proteste der Arbeiter gegründet, um die Arbeiter zu spalten und um Tarifverträge und Ähnliches zu umgehen und die Ausbeutung so zu verstärken. Viele, vor allem befristete Arbeiter, wurden vor die Wahl gestellt ihren Job zu verlieren, oder unter schlechteren Bedingungen bei der Delivery weiterzuarbeiten. Die Delivery wurde auch installiert um mehr Sub-Unternehmen zu nutzen. Diese bestehen hauptsächlich aus Arbeitern der unterdrückten Nationen Osteuropas, die auf mehr oder weniger legalem Weg für Gehälter weit unter dem Mindestlohn weit mehr als 40 Stunden die Woche Pakete und Briefe austragen. Ist die kommende Schließung der Delivery also der Sieg, als den die gelbe Gewerkschaft ver.di es feiert?

Sendungen und Zusteller

Wachsende Paketflut in Deutschland

Die größten Paketzusteller, Marktanteile in Prozent*

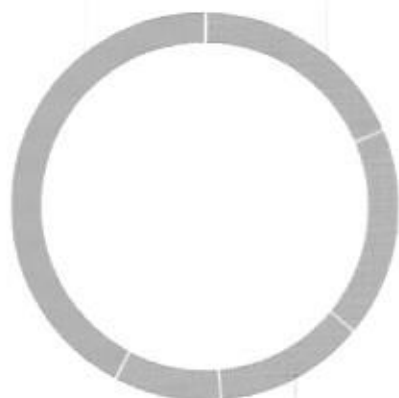
42,5 %
DHL

18,8 %
DPE

17,5 %
UPC

3,7 %
GLS

12,5 %
Hermes



Es stimmt, viele Arbeiter kommen durch diesen Wandel in den Tarifvertrag, der mit DHL geschlossen wurde. Tatsächlich führt das in den meisten Fällen aber nicht zu einem Steigen des Lohnes, in einigen Fällen sogar zu einem Abfallen. Das liegt daran, dass die Jahre die bei Delivery gearbeitet wurden nicht gezählt werden, wenn die Lohnklasse bestimmt wird. Außerdem wird die Zeit erhöht, die ein ehemaliger Delivery-Arbeiter braucht um in der Lohnklasse aufzusteigen. Von einem Jahr auf bis zu vier. Während der ersten zwei Jahre, die sie nun bei der DHL arbeiten, haben sie auch keinen Anspruch auf das ausgehandelte Weihnachtsgeld. Auch die Arbeiter in den Sub-Unternehmen, die die DHL über ihre Tochterfirma angestellt hatte, profitieren hier nicht. Formell waren diese angeblich „selbstständigen Arbeiter“, also nie direkt bei der Delivery angestellt und werden es in Zukunft auch nicht bei der DHL sein. Diese sind meist Arbeiter aus Osteuropa, die mit ihrem eigenen Fahrzeug Pakete austragen, „im Auftrag der DHL“. Auf diese Kräfte wird die DHL in näherer Zukunft auch nicht verzichten können, das bedeutet, an ihrer Situation ändern sich im Allgemeinen nur einige Formalitäten. Wenn es einen tatsächlichen Effekt für sie hat, ist es der, dass sie sich um ihren Arbeitsplatz sorgen müssen. Das ist also was uns ver.di als riesigen Erfolg verkaufen will, eine Umstrukturierung von Teilen der Deutschen Post. Davon profitieren nicht die Arbeiter der DHL, sondern ver.di, da ihr „Aufgabenbereich“ sich auf mehr Arbeiter ausweitet und die DHL, da sie so den Schein erwecken können, den Forderungen nachgekommen zu sein, in dem Versuch sich sozialen Frieden vor ihren Arbeitern zu erkaufen.

Auch andere Firmen in der Paketbranche nutzen die Methode der Aufteilung der Arbeit auf Sub-Unternehmen, oft sogar mehr als die DHL, welche das bisher fast ausschließlich über ihre Tochterfirmen tat. Kein Wunder also, dass in dieser Branche 49,2% der Arbeiter unter 10€ die Stunde verdienen. Hier wird oft der Großteil der Pakete und Briefe so ausgetragen, obwohl laut EU-Richtlinie bei 50% eine Grenze gesetzt wird. Das wird aber selten überprüft, da der deutsche Staat den deutschen Firmen „nur wegen ein paar Gesetzen“ keine Steine in den Weg legt. Was herausgefunden wird, wenn eine Überprüfung doch

mal stattfindet zeigt eine Überprüfung im Dezember 2017 in Alsdorf bei Aachen. Allein hier wurden 30 Verstöße gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen festgestellt, darunter zu lange Arbeitszeiten, fehlende Sozialversicherungen, Urkundenfälschung, Löhne unter dem Mindestlohn und illegaler Aufenthalt in Deutschland. So sieht die tägliche Realität der Angestellten dieser Sub-Unternehmen aus. Sie werden in ihren Heimatländern angeworben mit der Hoffnung in den imperialistischen Ländern, die verantwortlich sind für die Ausbeutung und Unterdrückung in ihrer Heimat, ein bisschen mehr Geld verdienen zu können, um ihre Familie zu versorgen. So wird in der Ukraine auf Websites geworben mit: „Auf die Hand 6,50 Euro die Stunde“ oder „46 Cent pro Paket“. Daraufhin kommen sie auf mehr oder weniger legalen Weg in einer Unterkunft in Deutschland unter, in der sie auf engstem Raum zusammengepfercht werden, beispielsweise mit vier Arbeitern pro Zimmer. Die Miete hierfür wird natürlich von dem bereits viel zu geringen Gehalt abgezogen. Daraufhin tragen sie den gesamten Tag lang Pakete aus, meist weit mehr als acht Stunden lang und werden dabei gehetzt ohne Ende, da sie meist pro Paket bezahlt werden, das sie austeilen. Der stündliche Mindestlohn ist damit aber nicht zu erreichen, egal wie sehr man sich hetzt. In vielen Fällen geht es dann über das Wochenende zurück in die Heimat, wenn sie da gerade mal keine Zusatzschicht übernehmen müssen. Danach beginnt der selbe Dreck in der nächsten Woche von Neuem.

Das Nutzen von ausländischen Arbeitern ist ein fester und wichtiger Bestandteil des Imperialismus. Es werden nicht nur die Völker in den unterdrückten Ländern ausgebeutet und unterdrückt, sie werden auch als billige Arbeitskräfte nach Deutschland „importiert“. Es geht nicht nur darum, dass es in den unterdrückten Ländern billiger ist zu produzieren, es ist auch billiger ihre Arbeiter nach Deutschland zu bringen und hier auszubeuten und ihre relativ rechtlose Situation, da viele nur beschränkte bzw. keine Arbeitserlaubnis haben, auszunutzen.

Ein weiteres Ziel der Sub-Unternehmen ist, Streiks zu brechen und die Arbeiterklasse zu spalten. So wurden beim letzten Warnstreik beispielsweise großflächig Arbeiter der polnischen Tochterfirma der DHL eingesetzt, um die Streikenden zu ersetzen. Die

Spaltung der Arbeiterklasse wird so vorangetrieben, indem bei den deutschen Kollegen Ängste geschürt werden und indem die ausländischen Kollegen weniger Lohn für dieselbe Arbeit bekommen und noch schlechtere Arbeitsbedingungen ertragen müssen.

Was wir in diesen Fragen brauchen, ist das Bekämpfen der Spaltung unserer Klasse mit der proletarischen internationalen Solidarität, das Ausstellen von Arbeitserlaubnissen und die Durchsetzung der Parole „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“. Uns ist klar, dass weder der Staat noch die gelben Gewerkschaften uns dies schenken werden. Der erstere profitiert direkt von der aktuellen Situation und ist auf diese Ausbeutung angewiesen, um seine internationale Stellung zu erhalten und zu verbessern. Er wendet sich nicht freiwillig gegen seine Interessen. Die Zweiten verkaufen und verraten uns immer wieder. Sie feiern minimale Erfolge und teilweise sogar Rückschritte als gigantische Siege. Sie machen gemeinsame Sache mit dem Klassenfeind und sind ein wichtiges Instrument in der Erhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie, ob wissentlich oder nicht. Stattdessen müssen wir uns die Erfüllung unserer Forderungen mit unterschiedlichen Mitteln erkämpfen. Was wir dafür machen müssen ist uns zu organisieren! So zerschlagen wir die Spaltungsversuche, Erkennen unsere Kraft und werden in die Lage versetzt, sie zu nutzen. •



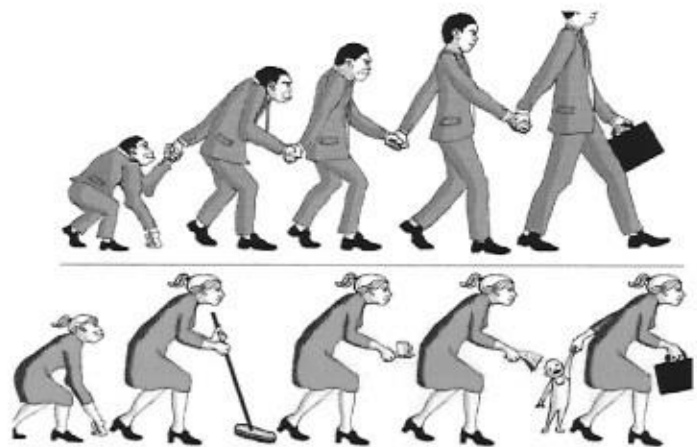
GLEICHES RECHT FÜR ALLE?

Im Gleichberechtigungsgesetz des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland Art.3 Abs. 2 heißt es: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“

Trotz der Warnungen von Kirche und anderen konservativen Kreisen, welche durch das Gleichberechtigungsgesetz die „natürliche Eheordnung“ gefährdet sahen, trat dieses am 1. Juli 1958 in Kraft und gilt seit der Annexion der DDR seit 1989 somit auch in Thüringen. Zentrale Punkte sind das Bestehen der Versorgungspflicht des Mannes gegenüber seiner Familie, die Aufhebung des Letztentscheidungsrecht des Mannes über „seiner“ Frau in allen Eheangelegenheiten. Aus der Ehe wurde eine Zugewinnngemeinschaft. Das bedeutet, dass die Frau ihr mitgebrachtes Vermögen nun selbst verwalten darf. Bis dato hatte dieses Recht nur der Ehemann. Des Weiteren wurde das Recht des Mannes in das Dienstverhältnis seiner Ehefrau einzugreifen und dieses zu kündigen, wenn es den Familienalltag behindert, aufgehoben (gesetzlich gibt es nun in der Ehe also keine vorgeschriebene Aufgabenverteilung mehr). Außerdem wurden die väterlichen Vorrechte in der Kindererziehung eingeschränkt, jedoch erst 1979 vollständig aufgehoben. Über die sexuelle Selbstbestimmung der Ehefrau hat man sich zu diesem Zeitpunkt weniger Gedanken gemacht, erst seit Juli 1997 ist die Vergewaltigung in der Ehe strafbar. Soviel erst einmal zu Geschichte und Inhalt des Gleichberechtigungsgesetzes und seinen rechtlichen Auswirkungen.

Die Ehe, als Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft, reproduziert immer die Verhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise: die Ehepartner als Gemeinschaft sind selbst verantwortlich für das finanzielle Auskommen, für die Kindererziehung, sie müssen im Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt bestehen und das Familieneinkommen sicherstellen. In einer Gesellschaft, in der Männer durchschnittlich für die gleiche Tätigkeit mehr Lohn bekommen als Frauen, ist es nicht verwunderlich, dass auch heutzutage der Mann als Hauptverdiener fungiert, während die Frau entweder gänzlich zu Hause bleibt, um den Haushalt zu regeln und die Kinder

zu erziehen oder sich mit Teilzeitarbeit beschäftigt. Eine Besonderheit in der Ehe stellt hier der steuerrechtliche Aspekt dar: Der Staat „belohnt“ es sogar noch durch Steuervergünstigungen, wenn die Einkommensdifferenz der Ehepartner groß ist. So werden die Einkommen zusammengerechnet und dann besteuert. Der Staat schafft also durch dieses Splitting sogar einen Anreiz dafür, dass ein Partner sich eher um das „private Glück“ kümmert (sofern man es sich leisten kann in der Hauptsache von nur einem Gehalt zu leben, was heutzutage fast unmöglich ist). Wer diesen Part in solchen Fällen dann übernimmt, dürfte angesichts der Entlohnung auch nicht verwunderlich sein: die Frau. Während der Mann sich knechten lässt, damit der Kredit fürs Haus bezahlt werden kann, der Sprit fürs Auto oder einfach nur die Lebensmittel für die Familie, befindet sich die Frau in der altbekannten und verrufenen Rolle der Hausfrau, verantwortlich für den Haushalt, die Kinder und den reibungslosen Ablauf des Alltags. Und nicht nur das, wenn der Mann nach getaner Arbeit heimkommt erwartet auch dieser, dass er nun mal seine Ruhe findet, denn wie bei jedem anderen Lohnabhängigen gilt auch hier: die Freizeit ist da, um sich auszuruhen für die nächste Schicht auf Arbeit.



Nun sind ja Frauen und Männer laut Art.3 des Grundgesetzes theoretisch gleichberechtigt, gerade überzeugte Demokratinnen oder bürgerliche Feministinnen berufen sich regelmäßig darauf. Aber was bedeutet es eigentlich, eine Gebärmutter in sich zu tragen, für die Reproduktion verantwortlich zu

sein und in einem kapitalistischen System trotzdem bestehen zu müssen? Frauen haben häufiger Schwierigkeiten damit, beruflich voranzukommen. Schon eingestellt zu werden ist oft für Frauen im gebärfähigen Alter eine Hürde. Klar, beim Bewerbungsgespräch darf keiner mehr nach der Familienplanung fragen. Aber nicht selten wird ein Mann mit gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt. Denn jeder Chef weiß: Mutterschutz, Elternzeit, die Pflege des kranken Kindes: es hängt an der Mutter. Und bedeutet für das Unternehmen negative Bilanzen. Dann lieber gleich den Mann einstellen. Frauen schlagen sich viel häufiger als Männer mit Teilzeitjobs herum, um mehr Zeit für Haushalt und Kinder zu haben. Unbezahlte Zeit, versteht sich. Kindererziehung und Haushalt machen wir Frauen für Umme. Das zahlt sich dann in der Rente aus: wenig Lohnarbeit bedeutet schmalere Rente. Dazu kommt die gesellschaftliche Ächtung der „Karrierefrauen“-Mütter. „Die kümmert sich nur um ihren Job!“. Viele Mütter kennen das, sobald man Mutter wird erwartet die Gesellschaft, dass man dieser „Rolle“ gerecht wird. Eben gerade durch oben beschriebene Praxis. Gerade einmal 22,2 % der Männer haben Elternzeit genommen, im Durchschnitt 3,4 Monate. Die restliche Zeit waren die Frauen verantwortlich. OBWOHL sich ja auch hier wieder gerne auf das Gleichberechtigungsgesetz berufen wird. Männer dürften ja rechtlich genauso Elternzeit nehmen, also warum sich aufregen? Genau deshalb, weil zwischen der schönen Theorie und der Praxis eine Riesenklüft besteht. Und das, wie so oft, zum Leid von uns Frauen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass auch noch heutzutage kleine Mädchen auf ihre Rolle als großes Mädchen perfekt vorbereitet werden durch jegliche Instanzen: Mädchen sollen hübsch sein und nett, nicht aufmüpfig und folgsam, empathisch, emotional, einfühlsam. Einfach eine „gute Mutter“ und treue Partnerin. Im besten Falle harmonieliebende, fürsorgliche Ehefrau. Jungs sollen hart sein, wild, straight, in der Konkurrenz bestehen, um für die eigene Familie das Beste rauszuschlagen. Ätzende Klischees, denen sich diese Gesellschaft immer wieder bedient und reproduziert. Und Frauen permanent in die Rolle des untergeordneten Weibchens drängt, unterdrückt

nicht nur durch das Kapital, was ihre Arbeitskraft ausbeutet, sondern auch noch durch das Patriarchat. Aber Danke für das Gleichberechtigungsgesetz!

Dass der Staat ein Interesse daran hat, dass die Frau artig neues Menschenmaterial produziert zeigt er im Strafgesetzbuch § 218 sowie §219. §218 StGB regelt den Schwangerschaftsabbruch;

„(1) Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Handlungen, deren Wirkung vor Abschluß der Einnistung des befruchteten Eies in der Gebärmutter eintritt, gelten nicht als Schwangerschaftsabbruch im Sinne dieses Gesetzes.“

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren [...]“ §219 StGB regelt die „Beratung der Schwangeren“, die diese „zur Fortsetzung der Schwangerschaft ermutigen“ soll. Wollen wir also ein Kind nicht austragen, müssen wir uns erst einem Spießbrutenlauf unterziehen. Die Gynäkologin muss einen Schein schreiben zur „Schwangerschaftskonfliktberatung“, dort müssen wir erklären, warum wir kein Kind wollen, danach 3 Tage erzwungene „Bedenkzeit“, in der wir bitte nochmal überdenken sollen, was wir da verwerfliches tun, wider der angeblichen weiblichen Natur. Dann dürfen wir endlich operativ oder medikamentös abtreiben. Je nachdem, wie viele kirchliche Krankenhäuser es im Umkreis gibt, wird auch das zum Problem. Denn die Freunde der Kirche erlauben in ihren Kliniken keine Aborte. Also muss man telefonieren, auf freie Termine hoffen und solange ist man schwanger, obwohl man es gar nicht möchte. Auf diesem langen beschwerlichen Weg zur Abtreibung begegnen dann einem auch nicht selten Gläubige oder andere Personen höherer Moral, die einem versuchen ein schlechtes Gewissen einzureden oder gar scharf verurteilen, was man da plant. Auch das macht es einem als Frau nicht gerade einfacher selbstbestimmt zu handeln. Wir werden auch heute noch unterdrückt auf allen Ebenen. Und die Lösung des Problems ist ganz sicher nicht die Beseitigung einiger dieser Paragraphen oder das Justieren an einem System, was uns solange es besteht unterdrücken wird.*

EIN ARBEITERROMAN AUS ITALIEN

Im Kulturteil veröffentlichen wir diesen Monat einen Ausschnitt aus dem Buch „Carbonia – Wir waren alle Kommunisten“. Der Autor, Nanni Balestrini, interviewte in den 70er Jahren Arbeiter in Italien. Diese Ausschnitte aus ihrer Lebensgeschichte bildeten die Grundlage für Balestrinis Roman. Balestrini war als Autor immer mit den Kämpfen der Arbeiterklasse eng verbunden, sowohl in Italien als auch darüber hinaus. Er schrieb für verschiedene fortschrittliche kulturelle und Tages-Zeitungen und gründete die Gruppe Potere Operaio (Arbeitermacht). Im Kontext der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen der revolutionären Bewegung in Italien (insbesondere durch die Aktionen der Roten Brigaden) und dem italienischen Staat wurde ihm 1979 vorgeworfen Mitglied einer Guerillagruppe zu sein. Dies veranlasste ihn erst nach Paris und später nach Deutschland zu flüchten. Politisch haben er und seine Werke gewisse Begrenzungen, denn in seinem gerechtfertigten Hass auf die revisionistischen Parteien und etablierten Gewerkschaften liest man auch ein Stück weit die Ablehnung jeglicher Parteiorganisation. Und das ist ein Problem. Denn die Arbeiterklasse braucht ihre Kommunistische Partei, die sie im Kampf führt, in jedem Land. Nicht umsonst fühlte sich Balestrini immer zur Autonomen Bewegung hingezogen. Nichtsdestotrotz sind seine Werke in der Hauptsache fortschrittlich. Sie ermutigen zum Kampf und zeigen wozu unsere Klasse in der Lage ist, wenn sie vereint ist und kämpft. Die Form des Buches, komplett ohne Satzzeichen, haben wir originalgetreu übernommen. Bestimmt wird das dem ein oder anderen Bildungsbürger sauer aufstoßen. Wir meinen allerdings, dass die fehlenden Satzzeichen den Lesefluss überhaupt nicht stören.

„Carbonia - Wir waren alle Kommunisten“

Kapitel 1 (Mitte)

„zur selben Zeit gibt es die Kämpfe ums Wohnen für die Reduktion der Miete die sich auf die gesamte Nachbarschaft ausgeweitet haben alles was du hier tun musst ist aus dem Fenster auf die geduckten Häuser in dieser Nachbarschaft zu schauen wo sie uns wohnen lassen dann verstehst du den Lebensstandard hier schauen alle Gebäude aus wie schlecht gebaute Barracken ohne Baugenehmigung und dann sagen sie es gibt eine Krise und sie erhöhen die Miete aber die Löhne bleiben niedrig und so passiert es dann dass sie die Hälfte der Löhne für die Miete zurückholen und das ist der Grund warum wir so wütend sind und den Hass haben den wir haben und deshalb rebellieren wir gegen diesen Stand der Dinge und das Erste was diese Schweine vergessen können ist die Ruhe mit der sie uns all das Geld rauben und sie können auch vergessen dass sie uns einfach mit ihrer Polizei aus den Wohnungen hinaus schmeissen wann immer sie wollen

deshalb sage ich über dieses Wohnungsproblem zu allen die sich selber täuschen und auf eine Regierungsintervention hoffen ich sage ihnen die Wahlen die Regierung die Parteien und die Gewerkschaften sind alle eine totale Zeitverschwendung unsere ganze Lebenserfahrung

hat uns gelehrt dass es nur einen Weg gibt um unseren Kampf zu einer Lösung zu bringen dafür müssen wir zuallererst vereint sein alle zusammen im Kampf vereint und dann müssen wir uns vorwärts bewegen mit absoluter Entschlossenheit und es muss ein harter Kampf sein wenn wir wirklich gewinnen wollen das sind die drei Hauptregeln die wir immer im Kopf haben sollten und die wir niemals vergessen dürfen

dieser Kampf im Viertel ist ein Problem der Organisation mehr als alles andere es ist nicht leicht dass ein gewaltsamer Kampf der Massen entsteht wie es in den Minen von Carbonia der Fall war oder in den Fabriken oder andernorts wo die Arbeiter kompakt zusammen waren es ist ein Kampf der kein grosses Risiko für uns birgt wenn wir gut organisiert sind natürlich wenn sie Tränengas einsetzen und anfangen Leute niederzuschlagen dann wissen wir auch eine Antwort darauf dann werden wir nicht herumsitzen und dankbar die Schläge einstecken wir haben auch was wir brauchen um uns selbst zu verteidigen wir wissen was zu tun ist wir wissen auch wie man Gewalt anwendet wenn sie es so haben wollen wenn es daher notwendig ist“

Kapitel 3 (Ende)

„dann gab es noch die Geschichte von diesem Martineddu die Geschichte mit diesem Schwindel den er in Carbonia durchführte mit dieser Buoni Fidus Sache dieses Buoni Fidus war ein echter Betrug an den Arbeitern und weisst du warum weil die Arbeiter die ein Problem hatten die Geld brauchten die gingen dort hin und haben sich Geld ausgeborgt und sie haben es auch bekommen aber die ganze Masche war von einer Firma von Betrügern organisiert welche dieser Martineddu in Carbonia gemeinsam mit dem Management der Mine gegründet hatte so war es die selbe Bande von Betrügern welche die Arbeiter übervorteilte beide Male die selben Betrüger

was haben die Arbeiter also gemacht wenn sie Geld brauchten gingen sie zu diesem Martineddu und der gab ihnen Kredit er gab ihnen zum Beispiel 50.000 Lire Cash oder 100.000 Lire oder was sie halt wollten aber dieses Geld wurde dann von ihrem Lohn abgezogen dafür gab es eine Abmachung mit dem Management aber dieser Kredit hörte niemals auf weil sie nicht nur die Summe zurückzahlen mussten sondern obendrauf noch unverschämte Zinsen die Bergwerker konnten aber das Wie und das Warum dieser Zinsen nicht durchschauen und nach einer Weile explodierten die Zinsraten und wenn du nicht bezahlt hast dann war alles vorbei und so flog eines Nachts das Gebäude wo die Buoni Fidus und Martineddu ihr Büro hatten in die Luft dank vier Stangen Gelatine an jeder Ecke eine es explodierte mit den ganzen Dokumenten den Rechnungen und dem Betrug drinnen alles ging in die Luft

ich habe aus dem Kampf in Carbonia viel gelernt zum Beispiel habe ich gelernt dass wir nur auf unsere eigene Stärke zählen konnten denn wer hat uns denn in Wahrheit geholfen bei unserem Kampf in Carbonia niemand absolut niemand die Leute welche den Kampf gewonnen haben waren die Bergwerker die Frauen ihre Kinder alle Leute aus Carbonia und wie sie gewonnen haben sie haben gegen die Polizei gewonnen gegen die Carabinieri gegen die Polizeibusse gegen die gepanzerten Wagen in Verwendung aller Methoden des Kampfes und in Verwendung von allen Waffen die sie hatten vom Messer bis zum Gelatin es gab einige Verhaftungen einige Leute endeten im Gefängnis oder im Spital einige starben aber wir haben immer bekommen was

wir wollten weil wir uns genommen haben was wir wollten

der Kampf in Carbonia war erfolgreich weil die Leute vereint waren und sie haben gesagt ohne an den Präsidenten der Republik zu denken oder an irgendwem sie haben gesagt unsere Feinde waren die Padroni und die Kapitalisten welche ihre bewaffneten Truppen gegen uns einsetzten und so mussten wir alle gegen sie kämpfen und gewinnen und das haben wir in Carbonia vor zwanzig Jahren gemacht wo nur noch das Streichholz gefehlt hat um die Lunte anzuzünden wo wir alle Kommunisten waren wir waren eine kompakte Arbeiterklasse weil alle hier in der Mine lebten da gab es Geschäftsbesitzer und dort waren Pensionisten da sind jetzt Angestellte in der Nachbarschaft aber auch die müssen verstehen dass dieser Kampf für niedrigere Mieten den wir geführt haben auch in ihrem Interesse liegt und dass ihre Probleme und Bedürfnisse die gleichen sind welche alle anderen auch haben“*

Nanni Balestrini

Carbonia

Wir waren alle Kommunisten





DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE

